Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 25, Reklamezeile 40 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,70 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 3,— Mk. und durch den Briefträger 3,15 Mk. Einzel-Nummer 10 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 23. Sonnabend, den 21. Februar 1920 39. Jahrgang

Die letzte Woche.

Deutschland ist seinen früheren Widersachern, den Siegern im Weltkriege, ungefährlich geworden, aber es hat seinen Nutzen als Wirtschafts- und Produktionsgebiet nicht eingebüßt! Das ist der Schlüssel zu der Haltung, die England in der Auslieferungsfrage der sogenannten Kriegsschuldigen beobachtet und die dazu geführt hat, daß diese Angeklagten statt von einem Ententegericht, vom deutschen Reichsgericht in Leipzig abgeurteilt werden sollen. Daneben hegt man in London die Erwartung, daß dieses Abrücken von der französischen haßerfüllten Politik in der Kulturwelt einen günstigen Eindruck machen und das deutsche Volk von seinen Empfindungen gegen den Vernichter seiner ruhmreichen Kriegsflotte ablenken wird, so daß es bei den unvereinbarenen Zukunftsmöglichkeiten die Wege der britischen Politik nicht so kreuzen wird, wie es sonst vielleicht geschehen wäre. Aber das sind Fragen, die im grauen Dämmerlicht späterer Jahre liegen; heute wollen wir uns vergegenwärtigen, daß England Edelmut gegen einen Gegner nur übt, wenn es davon Vorteil hat, und daß wir uns also vor dem Glauben hüten müssen, einen diplomatischen Erfolg über die Entente errungen zu haben, der uns Berechtigung zu dem Versuche gibt, uns der Erfüllung der Verpflichtungen des Vertrages von Versailles zu entziehen. Das sind eitle Hoffnungen, denn von einer schnellen Wiedererstarkung des Deutschen Reiches wollen auch die englischen Politiker nichts wissen, die jetzt zu unseren Gunsten gesprochen haben. Rückhaltslos anerkennen aber wollen wir, daß die englischen Offiziere sehr entschieden gegen die von Frankreich beliebte Behandlung der Auslieferungsfrage eingetreten sind.

In Frankreich herrscht ob der Wendung der Dinge Verstimmung. Weniger in den weiten Volkskreisen, die mehr vom Sieges-Chauvinismus als vom Fanatismus der Rachsucht erfüllt sind, wie in den leitenden Kreisen, die zu kritiklos in die Fußstapfen Clemenceaus eingetreten sind. Was dieser Europa zu bieten wagte, als politischer Sieger über Deutschland, das ist seinen Nachfolgern nicht geglückt. Immerhin wird unter der Behandlung des Falles in der ganzen französischen Presse der Eindruck in Paris der sein, daß man mit noch größerem Mißvergnügen auf England blickt, das die eigentlichen Früchte des Sieges im Weltkriege geerntet hat. Nur daß deshalb an einen Zerfall der Entente nicht zu denken ist. Es hat sich in wenigen Wochen das Blatt aber so gewendet, daß der größere Einfluß und der höhere äußere Glanz, welchen Clemenceau Frankreich gesichert hatte, auf England übergegangen ist. Ueber die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers durch Holland dauert die Erörterung noch fort. Es ist indessen kein Zweifel, daß die niederländische Regierung in ihrer ablehnenden Haltung beharren wird.

Der Bund der Landwirte hat seine Jahresversammlung in Berlin abgehalten. An scharfen Reden hat es bei der in den ländlichen Kreisen herrschenden Stimmung nicht gefehlt. Wir müssen darauf bauen, daß sich die Gegensätze so rechtzeitig ausgleichen, daß dadurch keine Verzögerung in der gesicherten Verpflegung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln eintritt.

In Paris hat der Uebergang der höchsten Würde der Republik vom Präsidenten Poincare auf seinen Nachfolger Deschanel stattgefunden und die bei diesen Gelegenheiten üblichen Reden sind natürlich nicht ausgeblieben, um so mehr, als die Wendung in der Auslieferungsfrage den französischen Politikern allen Anlaß bot, Frankreichs „Sieg des Rechtes" in allen Tonarten zu verherrlichen. Es wird selbstverständlich auf die Zukunft ankommen, die allein erweisen kann, wie diese Worte in Taten umgesetzt werden. Wir denken, wenn das 1870 besiegte Frankreich sich damit abfand, daß Deutschland 1900 auf der Pariser Weltausstellung in glänzender Weise vertreten war, wird sich das siegreiche Frankreich von 1919 um so eher, wenn auch erst nach Jahren, damit ausführen, in ruhiger Nachbarschaft neben Deutschland zu leben. Daß so manches anders kommt, als es erwartet ist, lehrt auch der Rücktritt des nordamerikanischen Ministers des Aeußeren, Lansing, des ersten Gehilfen des Präsidenten Wilson bei den Friedensverhandlungen. Lansing zeigt sich heute als energischer Gegner des Vertrages von Versailles, und es stehen von ihm Enthüllungen in nordamerikanischer Offenheit bevor, bei denen Präsident Wilson wenig günstig fortkommen dürfte. Das Ende dieser großen Sensationsaffäre dürfte sein, daß Amerika den Friedensvertrag von Versailles überhaupt nicht ratifiziert, sondern einen eigenen Frieden mit Deutschland abschließt.

Die neue Lage in der Auslieferungsangelegenheit dürfte einen heilsamen Einfluß auf die politischen Anmaßungen ausüben, die von Paris aus genährt wurden. Jede Abkühlung, die Frankreich erhält, wirkt daher mit doppelter Kraft auf Polen zurück. Zeit wird es jedenfalls, daß die deutsche Reichsregierung sich von Polen absolut nichts mehr bieten läßt, sonst sind die frohen Stunden für den deutschen Osten vorbei. Fr.

Eine neue Note.

Die deutsche Heeresverminderung verschoben.

Dem deutschen Geschäftsträger in London, Sthamer, wurde ein Brief Lloyd Georges folgenden Inhalts übergeben:

Von Seiten des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin ist die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die Schwierigkeiten gelenkt worden, denen die deutsche Regierung gegenüberstehen werde, wenn die Verbündeten auf der genauen Ausführung von Artikel 160 des Versailler Vertrages bestehen würden, in dem bestimmt wird, daß spätestens am 31. März 1920 die gesamte Stärke des deutschen Heeres nicht größer als 100 000 Mann sein darf. Bei der Aufstellung dieses Artikels sei man von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Vertrag von Versailles viel früher in Kraft treten werde.

Der Oberste Rat habe nunmehr beschlossen, zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte am 10. April 1920 auf 200 000 Mann herabgesetzt werden, das heißt drei Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, und auf 100 000 Mann am 10. Juli.

Durch die geradezu ungeheuerliche Behandlung, die Deutschland von der Entente nach dem Waffenstillstand zu erleiden hatte, hat sie es schon so weit gebracht, daß viele Deutsche geneigt sind, es schon als eine ganz besondere Gnade hinzunehmen, wenn der Gegner tatsächlich einmal eine nur von der Vernunft und Einsicht diktierte Handlung unternimmt und sich einmal nicht ausschließlich von blindwütendem Haß leiten läßt. Das Zugeständnis, das uns in dieser Note gemacht wird, beruht eben wie das in der Auslieferungsfrage einfach und allein auf der Einsicht, daß die Durchführung der betr. Artikel des Friedensvertrages nicht durchführbar sind bzw. ihre gewaltsame Durchführung für alle Teile unerwünschte Folgen haben würde. Das wollen wir nicht vergessen. Glaube keiner, daß diese Note von irgendwelcher Sympathie oder irgendwelchem Mitleid mit Deutschland diktiert ist. Man merkt eben, daß der Sitz des Obersten Rates aus der heißen Haß- und Revanchestimmosphäre von Paris in das kühle London verlegt ist und daß statt des „alten Tigers" Clemenceau der Redner Lloyd George seine Leitung übernommen hat. Für uns Deutsche ist es schon als ein Fortschritt zu begrüßen, daß unser Gegner der Vernunft und Einsicht Raum gibt.

Die besetzten Gebiete.

Die Franzosenherrschaft in Oberschlesien.

Die Urteile vor dem Gleiwitzer französischen Standgericht haben in Oberschlesien, wie natürlich, starke Erregung hervorgerufen. Wie verlautet, werden sowohl diese Urteile wie überhaupt die Zuständigkeit der französischen Kriegsgerichte vermutlich durch die Interalliierte Kommission in Oppeln nachgeprüft werden. —

In einer Besprechung zwischen dem französischen Truppenkommandeur und den Gewerkschaftsführern der Gleiwitzer Großindustrie einigte man sich dahin, daß Gewerkschaftsversammlungen in Zukunft gestattet werden sollen, allerdings, ohne daß darin Lohnforderungen besprochen werden dürfen, eine Einschränkung, die der mehrheitssozialistische „Volkswille" mit Recht als unhaltbar bezeichnet.

Plebiszit-Briefmarken für Oberschlesien.

Die neuen Briefmarken für Oberschlesien sind bei der Oberpostdirektion in Oppeln eingetroffen. Es sind Werte von 2½, 3, 5, 10, 15, 20 und 50 Pfg. sowie 1 und 5 Mk. Die Marken sind in Paris hergestellt, tragen die internationale Weltpostfarbe und die Inschrift „Commission de Gouvernement Haute-Silesie, Oberschlesien, gorny slask". Der Wert der Marken ist auf einem ovalen weißen Felde angegeben. Ebenso sind neue Postkarten ohne Rückantwort von 10 und 15 Pfg. eingetroffen mit dem Aufdruck „Postkarte, Carte postale, carte pocztowa". Die neuen Briefmarken und Postkarten werden von Freitag ab in den Verkehr gebracht. Vorläufig werden Marken im Werte von 6 Millionen Mark ausgegeben werden. Die Verteilung an die Postanstalten ist bereits erfolgt.

Die „unparteiische" Kommission in Flensburg.

Auf Anordnung der Interalliierten Kommission ist das deutsche „Flensburger Tageblatt" auf acht Tage verboten worden. Das Blatt brachte eine harmlose Notiz über die Aufstellung der dänischen Riesenplakate mit dem Hinzufügen, daß sie von der empörten Menge herabgerissen worden seien. Das Volk habe das richtige Empfinden gehabt, daß es durch eine solche Agitation über den Löffel barbiert werden solle und wolle sich das eben nicht gefallen lassen. Trotzdem diese Notiz die Volksstimmung richtig wiedergibt, wurde die Zeitung verboten. Bezeichnenderweise wurde der Beschl der Internationalen Kommission in dänischer Sprache übermittelt. In deutschen Kreisen hat dieser Eingriff der Kommission in die Preßfreiheit tief verstimmt.

Außer dem „Flensburger Tageblatt" existiert hier nur noch eine bürgerliche und eine sozialdemokratische deutsche Zeitung, während die Dänen eine dänische und mehrere deutsch geschriebene Blätter haben. Diese treiben die gehässigste deutschfeindliche Propaganda, ohne daß sie irgendwie von der unparteiischen (!) Kommission gehindert werden.

Das besetzte Ostpreußen.

Die Interalliierte Verwaltungskommission in Allenstein gibt bekannt, daß der Kreis Oletzko vom Regierungsbezirk Gumbinnen abgetrennt und dem Regierungsbezirk Allenstein zugeteilt wird. Eine weitere Verordnung stellt die volle Gleichberechtigung der deutschen und der polnischen Nation und Sprache im Abstimmungsgebiet fest und hebt alle diesbezüglich etwa zum Nachteil einer der beiden Nationen getroffenen Beschränkungen auf.

Die Seeverbindung mit Ostpreußen.

Ueber die Verbindung mit Ostpreußen wird aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, daß demnächst erneute Verhandlungen mit den Reedereien stattfinden, die den Schnelldampferverkehr Swinemünde—Pillau übernommen haben. Bei den andauernden Schwierigkeiten für den Verkehr über den Korridor wird der Weg über See noch längere Zeit ein dringendes Erfordernis sein und starken Zuspruch finden. Auch im kommenden Monat ist daher mit der Weiterführung der Schnelldampferverbindungen zu rechnen.

Ueberschichten im Bergbau.

Ergebnisse der Verhandlungen im Ruhrrevier.

Ueber die Ergebnisse der Reise des Reichspräsidenten in das Ruhrrevier und nach Essen erfahren wir: Es wurde mit den Zechenverbänden und den Bergarbeiterorganisationen über eine Steigerung der Produktion beraten. Die Bergarbeiter erklärten sich zur Leistung einer bestimmten Zahl von Ueberschichten bereit. Es werden nunmehr wöchentlich je zwei Halbschichten, im Monat also vier ganze Schichten in Ueberschicht geleistet. Dafür erhalten die unter Tag Arbeitenden einen Lohnzuschlag von 100 Prozent, die über Tag 50 Prozent. Außerdem werden besondere Lebensmittelzuwendungen gemacht. An Brot erhalten die an den Ueberschichten Beteiligten monatlich 12 Kilogramm, an Fett 4 Kilogramm außer den allgemeinen Rationen zu den für die Rationierung festgesetzten Preisen.

Das Uebereinkommen tritt ab 23. Februar in Kraft und dauert zunächst bis zum 14. März. In etwa zwei Wochen sollen nach Prüfung der dann erzielten Ergebnisse neue Verhandlungen beginnen.

Die durch die Ueberschichten erreichte Mehrproduktion soll außer für die Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages besonders für die Industrie und die Landwirtschaft verwandt werden.

Es ist zu begrüßen, daß die Bergarbeiterschaft im Interesse der Allgemeinheit sich zur Erhöhung der Arbeitszeit bereit erklärt hat. Mögen nun auch alle anderen Volkskreise ihr Eigeninteresse den der Allgemeinheit unterordnen, dann können wir wieder Hoffnung schöpfen. Dann wäre der erste Schritt zum Wiederaufstieg getan.

Zur Lage.

* **Noch immer Gefangene in Rumänien!** Aus einem der „B. Z." zur Verfügung gestellten Brief eines deutschen Gefangenen in Bukarest ist zu ersehen, daß von den ursprünglich 6000 Gefangenen sich noch immer 900 hinter dem Stacheldraht befinden, obwohl schon 12 Gefangenenzüge nach Rumänien gesandt worden sind. Grund: Immer wenn ein Gefangenenzug ankommt, arbeitet die Bestechung, und statt der Gefangenen fahren rumänische Zivilisten nach Oesterreich und Deutschland, um ihre Geschäfte zu besorgen! An sich ist die Behandlung der Gefangenen nicht mehr schlecht, aber es muß nun etwas geschehen, um ihnen die Freiheit wiederzugeben.

* **Moralunterricht als Ersatz für Religion.** Der Stadtverordnetenversammlung des östlichen Berlinen Vororts Lichtenberg, deren große Mehrheit aus Sozialisten besteht, wird sich demnächst mit einer Magistratsvorlage beschäftigen, die ab Ostern 1920 die Einführung eines Unterrichts über „Sittliche Lebenskunde" in den Schulen für die Kinder vorsieht, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen oder überhaupt keiner Kirchengemeinschaft angehören.

* **Ein Aufruf an die Landwirte.** Landwirtschaftsminister Braun hat an sämtliche preußischen Landwirtschaftskammern einen Erlaß gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß eine nachhaltige Besserung unserer Ernährungslage nur möglich ist, durch die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Gleichzeitig aber wird den Landwirten dringend ans Herz gelegt, aus ihren Stücken heraus das Letzte abzuliefern. Am Schluß des bemerkenswerten Erlasses heißt es: „Wir müssen die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200221-14/fragment/page=0001

Lande das Letzte noch zusammenraffen, um unser von Ueber die schwerste Zeit hinwegzubringen! Ich folge daher gern der aus dem großen Verbraucherbezirken an mich gelangten Anforderung, den Landwirten ans Herz zu legen, zur Ueberwindung der zu erwartenden Ernährungsschwierigkeiten dadurch beizutragen, daß sie ihrerseits aus freien Stücken alles, was in ihren Kräften steht, hergeben, um das schlimmste abzuwenden."

• **Bevorzugte Heimkehr der oberschlesischen Gefangenen.** Von der interalliierten Verwaltungskommission wird mitgeteilt: Die interalliierte Verwaltungs- und Abstimmungskommission hat am Tage nach ihrer Ankunft die verbündeten Mächte darum gebeten, die heutige Lage der Abstimmungsgebiete, insbesondere Oberschlesiens zu berücksichtigen bezüglich der Freilassung und der Heimkehr der in den verbündeten Ländern befindlichen Gefangenen eine Vergünstigung eintreten zu lassen. Die Mächte, die Wünsche der Kommission billigend, haben beschlossen, daß die aus Oberschlesien gebürtigen Gefangenen eine Bevorzugung genießen werden und als erste heimbefördert werden sollen. Dieser wohlwollenden Maßnahme werden sich alle Bestandteile der Bevölkerung ohne jeden Unterschied erfreuen.

Gefangenentransporte.

Paris, 17. Febr. Bis zum 13. Februar sind im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte entwickelten sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen jetzt in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen die Krankentransporte in besonderen Lazarettzügen.

Auslands-Rundschau.

+ **Holland und die Kaisernote.** Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meint, die merkwürdigste Stelle in der Note an Holland sei die, wo die Alliierten ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß in der holländischen Antwort kein Wort der Mißbilligung über die Mißhandlung des Kaisers zu finden sei. Aus dieser Bemerkung gehe sonnenklar hervor, wie klug die holländische Regierung handelte, als sie die Auslieferung ablehnte. In dem betreffenden Artikel des Friedensvertrages ist der Kaiser nur ein Angeklagter, in dieser neuen Note ist er schon ein Verurteilter. Die Alliierten klagten ihn damals an, um über ihn Recht zu sprechen, jetzt sind sie schon einen Schritt weiter gegangen und haben ihn bereits verurteilt. Der ganze Prozeß wäre ein Scheinmanöver. Man muß lächeln über die Angst vor Intrigen, welche die Alliierten veranlaßt, die Internierung des Kaisers anheimzustellen. Das holländische Gesetz bestimmt, daß Ausländer, die sich der öffentlichen Ruhe als gefährlich zeigen, entweder ausgewiesen werden oder einen bestimmten Aufenthaltsort zugewiesen erhalten. Haben die Alliierten, so sagt das Blatt, Material, aus dem hervorgeht, daß der Kaiser einen verderblichen Einfluß ausübt, dann sollen sie der holländischen Regierung das unterbreiten, und die holländische Regierung wird dann im Interesse Hollands, aber nur im eigenen holländischen Interesse, die Maßnahmen treffen, die zur Abwendung von Gefahren notwendig erscheinen. Es sei aber nicht klar, weshalb die Note einen so törichten, drohenden Ton anschlägt. Wahrscheinlich, weil die Alliierten nicht mit dem holländischen Gesetz vertraut sind, haben sie nicht die Höflichkeit angewandt, die im internationalen Verkehr üblich ist.

+ **Der Kaiser darf nie mehr nach Deutschland.** Die Preß-Information meldet aus London: Das Kabinett in London hat einstimmig den von Frankreich und England eingebrachten Antrag angenommen, der ein Verbot der Rückkehr des ehemaligen Kaisers und des Kronprinzen nach Deutschland für alle Zeiten ausspricht.

+ **Franzosenfeindliche Stimmung im Elsaß.** In Straßburg, Kolmar und Mülhausen machen sich wieder neutralistische Strömungen bemerkbar. Die französische Militärpolizei nahm mehrere Verhaftungen vor, darunter einige Kaufleute und Studenten. Die bürgerliche und sozialistische Presse im Straßburg und im Oberelsaß führt dauernden Kampf gegen das französische Verwaltungssystem im Elsaß und fordert die Ersetzung der französischen Verwaltungsbeamten durch elsässische Beamte. — Die Ernennung von Alapetite zum Generalkommissar von Elsaß-Lothringen hat stark enttäuscht. Man macht Millerand den Vorwurf, über die Vorschläge der Straßburger Presse einfach hinweggegangen zu sein. Alapetite sei weder ein Politiker noch ein Kenner der elsaß-lothringischen Verhältnisse und für den Posten des Generalkommissars gänzlich ungeeignet. Es sei die Pflicht gewesen, das ihm angetragene Amt sofort abzulehnen. — Die Franzosen werden von den hartköpfigen Elsässern und Lothringern noch manche harte Nuß zu knacken bekommen.

Die Ausbreitung des Bolschewismus. Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teil der Ukraine eine neue selbständige bolschewistische Republik errichtet wurde, die mit Sowjetrußland einen Bruderbund geschlossen hat. Zum Präsidenten der Republik wurde Petrovski ernannt.

— **Weitere Erfolge der Sowjettruppen.** Die Sowjettruppen sind in Nordrußland in starkem Vordringen. — Bei der Eroberung von Odessa erbeuteten die Bolschewisten über 100 Geschütze, mehrere Panzerzüge, 46 Panzerautos und zahlreiches sonstiges Kriegsmaterial. Außerdem nahmen sie vier Generäle, 200 Offiziere und 20 000 Mann gefangen. — Die Sowjetregierung wandelte die zweite und siebente Armee in Arbeitsarmeen um. Die zweite wird die Ausbesserungsarbeiten an den südlichen Bahnen machen, die siebente bei Petersburg zur Arbeit in den Torf- und Braunschieferlagern sowie zum Holzfällen und zum Brennstofftransport verwendet.

+ **Türkei.** Die Londoner Konferenz ernannte eine Kommission für die Festsetzung der Grenze Armeniens und eine für die Untersuchung der türkischen Fragen.

+ **Schweiz.** Die Volksabstimmung in der Schweiz über den Beitritt zum Völkerbund wird wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

+ **Ungarn.** Die Nationalversammlung wählte, nachdem Graf Apponyi abgelehnt hatte, Stefan Rakowsky zu ihrem Präsidenten.

+ **Paris.** Der Präsident der Wiedergutmachungskommission, Senator Jonnart, hat seinen Abschied genommen. Als Nachfolger sollen Dutasta oder Poincare in Frage kommen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 21. Februar 1920.

— **Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und Entlassung von Arbeitnehmern** in der Demobilmachungszeit. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Auch nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes behält die „Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 3. September 1919" Bedeutung für die Entlassung des Arbeitsmarktes durch Unterbringung der zurückkehrenden Kriegsgefangenen und Verhinderung unerwünschter Entlassungen. Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes haben jedoch eine Aenderung der Verordnung vom 3. September erforderlich gemacht, die durch eine schon im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 12. Februar 1920 erfolgt ist. In dieser Abänderungsverordnung wird namentlich die Durchführung der Ansprüche auf Erneuerung oder Fortsetzung eines Dienstverhältnisses bei unzulässiger Kündigung nach der Demobilmachungsverordnung mit dem neuen Einspruchsverfahren nach dem Betriebsrätegesetz in Einklang gebracht. Andererseits mußten die bisherigen Vorschriften der Verordnung über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerausschüsse bei Kündigungen mit Rücksicht auf die endgültige Regelung dieser Frage in dem Betriebsrätegesetz in Fortfall kommen. Die Anrufung des Schlichtungsausschusses bei Verweigerung der Wiedereinstellung oder unzulässiger Entlassung ist an die Einhaltung einer Frist von drei Wochen geknüpft. Schließlich grenzt die neue Verordnung die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Gerichte klarer ab.

— **Die deutschen Kartoffelinteressenten gegen die Zwangswirtschaft.** Der Verband deutscher Kartoffel-Interessenten E. V. hielt im Berliner Stadthause eine ordentliche Generalversammlung ab. Nach Erstattung des Jahresberichts nahm Verbandsdirektor Dr. Gagzow das Wort zu seinem Referat über die künftige Bewirtschaftung der Kartoffeln. Er wies darauf hin, daß zwar mit dem Abbau der Zwangswirtschaft der Anfang gemacht worden sei, daß aber der Kartoffelerzeuger und -händler noch immer auf die völlige Freigabe des Kartoffelhandels warten. Der Handel müsse wieder in seine vollen Rechte eingesetzt werden, und alle Zwangsvorschriften, die ihn in seiner Bewegungsfreiheit hindern, müßten fallen. Die Versammlung unterstrich die Forderung nach Beseitigung der Zwangswirtschaft durch lebhafte Beifallskundgebungen. Im Anschluß an die Generalversammlung fand aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Verbandes eine Jubiläumssitzung statt.

— **Zur Erhöhung der Postgebühren** wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Es steht fest, daß eine Erhöhung der Postgebühren in absehbarer Zeit erfolgen muß, weil die Verhältnisse bei der Post die gleichen sind, wie bei der Eisenbahn. Doch läßt sich noch nicht sagen, in welcher Höhe eine Verteuerung eintreten wird. Es muß aber damit gerechnet werden, daß Briefe 40 Pf., Postkarten 25, Drucksachen 10 Pf. kosten, Pakete, Telegramme und Ferngespräche bedeutende Tariferhöhungen erfahren werden. Zunächst wird das finanzielle Ergebnis des Jahres 1919 abgewartet, das noch nicht feststeht. Wenn auch vielleicht zum 1. April noch keine Portoerhöhung in Aussicht steht, zum 1. Juli wird sie mit ziemlicher Bestimmtheit kommen, denn das eine steht bereits fest, das Defizit der Post für 1919 ist ganz gewaltig und muß durch neue Einnahmen vermindert werden.

— Abfahrt der Züge von Stat. Teuchern in Richtung:

Zeit	Weißenfels		Naumburg	
510	552	W	735	
531	729	„	231	W
bis Luckenau	208	„	840	„
717 W	601	„		
146 „	823	„		
203 „	1118	„		
224 „				
628 „				
1005 „				

— Der Einladung zu einem **Familienabend**, in dem eine Aussprache über die Erziehung der Jugend herbeigeführt werden sollte, war eine Anzahl Damen und Herren aus Teuchern und Umgegend gefolgt. In seinem Vortrage: „Art und Geist unserer künftigen Schulen" trat Herr Seminardirektor Lehmann Naschit, Aschersleben für unbedingte Beibehaltung des Religionsunterrichts ein. Eine längere Aussprache an der sich die Herren Rektor Langenkamp, Oberpfarrer Plagmann, Pastor Leitzmann, Lehrer Riedel, Mittelstädt, Biedtner, Stadtv. Scharfenberg und ein auswärtiger Herr beteiligten, schloß sich dem Vortrage an. Nach der Aussprache wurden noch Gesangsvorträge zweier Damen und eines Kinderchores geboten, die sehr beifällige Aufnahme fanden.

— **Am Mittwoch** gegen Abend wurde der 12jährige Sohn des hiesigen Tierarztes K. auf der Bahnstrecke Weißenfels-Zeitz in der Nähe des Blockhauses Beuditz, von einem Zuge überfahren, tot aufgefunden. Wie uns mitgeteilt wird, liegt ein Unglücksfall vor.

— **Erlaubter oder unerlaubter Wucher?** Aus der Geschäftspraxis einer Kriegsgesellschaft veröffentlicht „Der Konfektionär" nachstehendes, ihm von einer norddeutschen Firma zugegangenes Schreiben: „Bei den letzten Warenzuteilungen der „Retag" (Reichs-Textil-Akt.-Gesellschaft) ist mir ein schwarzer Satin zugeteilt worden, der der „Retag" mit 42,50 Mk. in Rechnung gestellt ist. Durch Zufall war das Etikett des Fabrikanten noch am Stück geblieben. Ich konnte feststellen, daß dieses von der Firma F. F. Koswig in Finsterwalde stammte. Auf diesbezügliche Anfrage erhielt ich von der Firma folgende Mitteilung: „Ich entnehme hieraus meine Qualität schwarz Satin 30, die ich im November 1916, weil beschlagnahmt, zum Preise von 7,25 Mk. per Meter, nachdem man zuerst nur 6,50 Mk. bewilligen wollte, an die Behörde abliefern mußte." Die Ware ist also vom November 1916 bis August 1919 von 7,25 auf 42,50 Mk. gesteigert worden — das bedeutet einen Nutzen von über 500 Prozent. Das sind die berühmten „Ausgleichpreise" der „Retag", über die in allen geschäftlichen Kreisen mit Recht so ungeheure Empörung herrscht. Wenn ein Detailist so kalkulieren würde, so würde ihm ganz zweifellos das Geschäft geschlossen werden; die „Retag" aber nimmt unbeanstandet mit allergrößter Seelenruhe Preise, die man normalerweise im Geschäftsverkehr nur unerhörte Wucherpreise nennen könnte. So wird die dringend notwendige Ware durch diese unseligen Kriegsgesellschaften verteuert!"

Naumburg, 19. Febr. Die hiesige Kadettenanstalt wird am 10. März d. J. infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages aufgelöst.

Freyburg a. U. Das diesjährige Jahnwetturnen findet am 15. August dss. Js. mit folgenden volkstümlichen Uebungen statt: Stabhochsprung, Weitsprung, Steinstoßen, Speerwurf, 100 Meter-Lauf. Gewertet wird nach den Bestimmungen der Arbeitsgemeinschaft der D. T. und der Deutschen Sportbehörde.

Halle, 18. Febr. In den Werkstätten des Berliner Eisenbahndirektionsbezirks sind mit der weder eingeführten Akkordarbeit gute Erfolge erzielt. Die Steigerung der Arbeitsleistungen betrug fast 45 Prozent. Es wird daher in sämtlichen preußischen Eisenbahnwerkstätten vom 1. April ab die Akkordarbeit obligatorisch eingeführt werden.

Hettstädt, 17. Febr. Großes Aufsehen erregte hier die Feststellung, daß der derzeitige unabhängige Bürgermeister Gericke seit längerer Zeit Waren aus dem städtischen Lebensmittellager entwendet haben soll. Er habe sich zu diesem Zwecke täglich von dem Verwalter des Lebensmittelamtes den Schlüssel geben lassen und auch den Stadtsekretär zu den Diebereien zu veranlassen gesucht. Dieser ging scheinbar darauf ein. Am letzten Sonnabend wurde der ungetreue Bürgermeister mit seinem Bruder, dem Gemeindevorsteher aus Klostermansfeld, erwischt, als sie sich wieder die Taschen vollpropften. Sie wurden von dem Polizeiwachtmeister gestellt. Gegen den Bürgermeister ist beim Regierungspräsidenten und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet worden.

Zerbst, 15. Februar. Ein Heiratsschwindler gab hier dieser Tage eine Gastrolle. Zu einer Witwe mit 2 Kindern kam ein Mann aus Leipzig: er freundete sich mit der Frau an, versprach ihr alles Mögliche, schließlich auch die Ehe, und versicherte ihr, daß er in Leipzig eine Fünfzimmerwohnung habe, für deren Einrichtung ihm schon 86 000 Mark geboten seien. Sie könne infolgedessen ihre Wohnungseinrichtung ruhig verkaufen. Die Frau ließ sich auch breit schlagen und verkaufte ihre Möbel für 5 300 Mk an einen hiesigen Möbelhändler. Das Geld wußte der Mann geschickt an sich zu bringen, sagte seiner Braut, daß er noch einige Geschäftswege vor sich habe und daß er dann mit ihr und den Kindern per Auto nach Leipzig fahren wollte. Wer aber nicht wiederkam, war der Bräutigam, der schon einige Stunden vorher mit dem Auto in der Richtung nach Roßlau verschwunden war. Die Frau, der er großmütig 100 Mk. zurückgelassen hatte, steht heute mit ihren Kindern fast mittellos da.

Quedlinburg, 19. Februar. Der Millionendiebstahl im hiesigen Gefangenenlager beschäftigte gestern in ausgedehnter Verhandlung die Strafkammer I des Landgerichts Halberstadt. Bekanntlich war in der Nacht zum 8. August 1919 aus dem Kassenraume des Gefangenenlagers zwischen Quedlinburg und Ditfurt eine Kassette mit etwa einer halben Million Mark Bargeld und außerdem Banknoten und russischem und ukrainischem Geld im selben Werte gestohlen worden. Als Täter wurden erst einige Wochen hinterher verschiedene Wachtleute festgenommen, als sie in Magdeburg, Halle und Leipzig das russische Geld und Kriegsanleihestücke umsetzen wollten. Der Kutscher Robert Gebhardt, der in der Sache wegen Hehlerei angeklagt war, legte vor Gericht ein umfassendes Geständnis ab, wonach der Diebstahl von dem Elektromonteur Walter Kromart, dem Klempner Louis Beil und Schlosser Oskar Brauer schon am 7. August geplant, aber durch das Dazwischenkommen eines Feldwebels verhindert wurde. Einer der Täter hat am Tage den Kassenraum aufgeschlossen, um in der Nacht die Kasse stehlen zu können. Der größte Teil des Geldes konnte wieder zur Stelle geschafft werden. Kromart, der sich im Rückfall befindet, erhielt drei Jahre, Beil und Brauer je zwei Jahre Zuchthaus und je fünf Jahre Ehrverlust: wegen Hehlerei wurden Gebhardt, der Fleischer Otto Wind und Monteur Albert Künstner zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Mühlhausen (Thür.), 18. Februar. (3½ jährige Lehrzeit.) Die Zwangsinnung für das Tischler-, Böttcher-, Drechsler-, Glaser- und Stellmacher-Handwerk beschloß einstimmig, in Zukunft die Lehrzeit der zu Ostern zunehmenden Lehrlinge auf 3½ Jahre festzusetzen, aus folgenden Gründen: Die an und für sich kurze Arbeitszeit von wöchentlich 46 Stunden wird durch die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die Arbeitszeit so wesentlich verkürzt, daß kein Lehrmeister die Verantwortung für eine gründliche Ausbildung übernehmen kann, wenn die Lehrzeit auf 3 Jahre festgesetzt ist. Im Interesse der Eltern und der Lehrlinge selbst liegt es aber, daß die Ausbildung eine derart vollkommene ist, daß der Lehrling eine gute Gesellenprüfung ablegen kann.

Uslar, 19. Febr. In einer der letzten Nächte drangen Einbrecher in das Direktionsgebäude des Eisenwerkes Solinger Hütte und zwangen den Direktor Löwenstein mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe sämtlichen Silbergeldes, sowie aller sonstigen Wertsachen im Gesamtwerte von 60 000 bis 70 000 Mark. Die Einbrecher sind unerkannt entkommen.

Die letzte Stimme für deutsches Grenzland!
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postscheckkonto Berlin 73770
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schutzbund, Berlin NW 52

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200221-14/fragment/page=0002

Zeulenroda, 17. Febr. Dem hiesigen Oberbürgermeister Dr. Zahn ist aus Philadelphia ein Schreiben zugegangen, in dem es u. a. heißt: „Nach Verlesen Ihres Briefes, welcher tiefen Eindruck machte, veranstalteten wir sofort im Familienabend eine weitere Sammlung, an der sich alt und jung freudig beteiligte. Diese zweite Sammlung brachte die schöne Summe von 112 Dollar. Da wir nun von der ersten Sammlung noch 58 Dollar übrig hatten, so standen uns weiter also 170 Dollar zur Verfügung. Ihrem Wunsche gemäß wollten wir eine weitere Sendung Lebensmittel schicken. Doch da die Lebensmittel hier jetzt auch so furchtbar teuer sind und wir bis heute noch keine Nachricht haben, ob unsere erste Sendung drüben zur Verteilung gelangen konnte, so haben wir es vorgezogen, das Geld hinüber zu senden. Durch eine hiesige Bank haben wir deshalb diese Woche 3900 Mk. an Ihre werte Adresse abgeschickt und bitten Sie, das Geld an 200 der bedürftigsten Familien Zeulenrodas (die Familie 40 Mk.) auszahlen zu lassen.

Vermischtes.

Das Urteil im Kaiserfilm-Prozeß. Der tendenziöse Kaiserfilm ist von seinem Schicksal betroffen worden. Das Gericht, das am Freitag über das Machwerk, in dem sich Ferdinand Bonn als Wilhelm II in Positur gesetzt hat, zu urteilen hatte, erkannte nach mehrstündiger Verhandlung auf Vernichtung aller Exemplare des Films.

Ein Kinobesitzer wegen Vorführung eines „Aufklärungsfilms" verurteilt. Die Strafkammer in Bochum verurteilte den Kinobesitzer Fork wegen Vorführung des „Aufklärungsfilms" „Das Paradies der Dirnen" zu 100 Mk. Geldstrafe und einer Woche Gefängnis. Außerdem wurde auf Beschlagnahme des Films erkannt. Die Staatsanwaltschaft hatte nur eine Geldstrafe in Antrag gebracht.

Ein gründlich geleimter Schieber. Eine Zierde der edlen Schieberzunft, der galizische Handelsmann Markus Singer, wurde in Berlin von falschen Beamten ausgeplündert. Markus Singer betätigte sich als Schieber mit Platin, Gold, Silber und losen Brillanten und besaß gerade für 70 000 Mk. Platin, für 60 000 Mk. Gold, sowie noch 20 000 Mk. bares Geld. Morgens um 7½ Uhr, als er noch im Hotel schlief, erschienen zwei Männer bei ihm, von denen der eine die Uniform eines Polizeiwachtmeisters trug. Beide erklärten, sie seien mit einer Durchsuchung beauftragt, da Singer im Verdacht stehe, Schleichhandel zu treiben. Sie durchsuchten dann das Zimmer und beschlagnahmten alles, was der Händler besaß. Hierauf mußte sich Singer ankleiden und den Weg zum Polizeipräsidium antreten. Vor dem Zimmer 255 bedeuteten ihm die „Beamten", zu warten, bis er aufgerufen werde. Singer wartete auch geraume Zeit, bis er endlich ohne Aufforderung hineinging und jetzt erfuhr, daß er Schwindlern in die Hände gefallen war.

Infolge der Zigarettensteuer soll in allen deutschen Zigarettenfabriken der Betrieb zum 31. März eingestellt werden.

* **Eine Sensationsrechnung** hat ein Oesterreicher in der Schweiz erlebt. Er kaufte dort ein Ei, das 75 Centimes (also 60 Pfennige) kostete. Diese 75 Centimes machten aber 65 österreichische Kronen (also 52 Mark) aus. Da können wir in Deutschland noch lächeln, wenn das Ei mit anderthalb Mark zu bezahlen ist. Im Ernst gesprochen bleibt es freilich wunderbar, daß bei uns keine energischen Maßnahmen eingeleitet werden, dem Eierwucher ein Ziel zu setzen. Hier liegen doch die Verhältnisse handgreiflich vor.

* * *

* Halberstadt. Der Halberstädter Magistrat beabsichtigt, das Stadttheater wegen zu hoher Kosten und Kohlennot zu schließen.

* Brüssel. Das deutsche Warenhaus Tietz in Brüssel wurde in der Versteigerung von einem belgischen Warenhaus für 34¼ Millionen Franken erworben.

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

Man sah ihn erstaunt an. Es lag Logik in dem Einwand.

„Aber die Leichen fehlen doch . . .!" bemerkte ein Beamter verwirrt.

Meixner zog einen zerknüllten, winzigen Papierstreifen aus der Tasche, glättete ihn und legte ihn vor den Beamten hin. „Dies fand ich neben der Leiche des Hundes", sagte er ruhig.

Der Beamte las halblaut: „27. November früh morgens." Fragend blickte er auf Meixner. „Was schließen Sie daraus? Vielleicht ist es die Verabredung der Täter über Tag und Zeit des Verbrechens? Einer von ihnen mag es verloren haben."

„Nein. Es ist die Weisung, die der Herr der Villa seinem Diener aufschrieb, damit er genau zur angegebenen Zeit über alles in den jetzt vorgefundenen Zustand versetze. Einbruch und Mord wird nur singiert, um das Verschwinden beider für immer in undurchdringliches Dunkel einzuhüllen."

„Aber das Blut an dem Bettkissen . . ."

„Bah — Hühnerblut! Lassen Sie es nur von Sachverständigen untersuchen. Sie werden sehen, es ist kein Menschenblut. Draußen in der Kehrichtgrube können Sie die frisch ausgerupften Hühnerfedern finden, und wenn der Schwarze kein Gourmand ist, hat er wahrscheinlich die beiden Hühner dann mit Gift gewürzt dem Hunde vorgeworfen. Es ist freilich möglich, daß er sie auch selbst auf die Reise mitnahm!"

Man wußte nicht recht, was man von diesen Behauptungen halten sollte. Jedenfalls begegnete sein Blick mehr ungläubigen als überzeugten Mienen.

Aber das focht Abel Meixner nicht an. Er schob seinen Arm in den Buchlans und nickte Ziegler.

„Mögen sie zusehen, wie sie mit der Sache hier fertig werden. Mir ist sie völlig klar. Ebenso klar, als wir Zeit — viel Zeit verloren haben, wo wir eigentlich keine zu verlieren hatten. Kingston hat den Streich offenbar von langer Hand vorbereitet und hatte nie die Absicht, hierher zu fliehen. Wir müssen zurück nach Wien und von vorne anfangen!"

Buchlau, von fieberhafter Aufregung erfüllt, gab ihm recht, und nachdem Meixner noch eine kurze Unterredung mit dem Chef der Sicherheitsbehörde gehabt, wurde die Rückfahrt angetreten.

Es war ein Rasen auf Tod und Leben, und alle atmeten im stillen der Vorsehung, daß sie endlich doch noch ohne ernstlichen Unfall in Wien anlangten.

Hier erwartete sie eine neue Überraschung. Mr. Hotchkiß war aus London angekommen und hatte schon zweimal in Meixners Wohnung nach ihm gefragt. Er wohnte im Hotel Bristol.

Obwohl gänzlich erschöpft von all den physischen und seelischen Anstrengungen der letzten Tage, begab sich Meixner doch sofort zu ihm.

Hotchkiß hatte durch Mrs. Ramsdale von Mays Verschwinden gehört und sich darauf sofort zur Reise nach Wien entschlossen. Er sah die Lage für ernst an, und als er nun von Meixner über die jüngsten Ereignisse aufgeklärt worden war, schüttelte er völlig entmutigt den Kopf.

„Es ist ganz aussichtslos. Der Bursche ist uns endgültig entkommen, und wir können nur hoffen, daß Ihre Vermutung, er liebe Fräulein Mackenzie, richtig ist, denn dann wird er sie höchstens zwingen, seine Frau zu werden. Andernfalls gebe ich keinen Cent für ihr Leben!"

„Aber er muß doch wieder zum Vorschein kommen? Er hat ja sein Geschäft in Baltimore . . .!?"

„Hat er, wie ich durch meine Londoner Agenten erfuhr, in aller Stille verkauft! O — der ist nicht von gestern, mein lieber Herr! Ehe er daran ging, seinen teuflischen Plan auszuführen, hat er sich für alle Fälle vorgesehen und von Karlsruhe aus seine Gelder eingezogen. Ging alles nach Wunsch und fiel kein Verdacht auf ihn, so würde er sich mit May vielleicht ganz in Karlsruhe niedergelassen haben. Aber es konnte auch anders kommen, und für diesen Fall traf er seine Vorbereitungen . . ."

„Wir müssen und werden ihn trotzdem finden!" rief Meixner in aufflammender Tatkraft.

Mr. Hotchkiß sah ihn mit einem Gemisch von Mitleid, Spott und Respekt an.

„Suchen Sie ihn, lieber Herr! Die Welt ist groß, und der Mann hat drei Millionen im Sack. Wenn Sie ihn finden, dann nenne ich Sie ein Genie und . . . nicht bloß mit dem Munde, darauf können Sie sich verlassen!"

Einige Stunden später als Meixner im Polizeipräsidium vor seinen Vorgesetzten stand und mit eintöniger Stimme Bericht erstattete, war seine Energie wieder völlig erloschen. Die fast sichere Aussichtslosigkeit aller weiteren Bemühungen, Kingstons habhaft zu werden, drückte ihn fast zu Boden.

Was half es nun, daß Rat Schindler ihn fast bewundernd anblickte und Kolb immer wohlgefälliger nickte? Er hatte ja doch seine Aufgabe nicht geübt. Forts. folgt.

Bekanntmachung.

Die Bewachungskompagnien der Kriegsgefangenenlager

Salzwedel, Gardelegen, Quedlinburg, Zerbst und **Merseburg**

stellen fortlaufend Mannschaften ein, während der nächsten Wochen in größerer Zahl gediente Mannschaften. Die Angehörigen dieser Kompagnien rechnen zum Rumpf-(Abwickelungs-)Heer und sind etwa der Sicherheitspolizei gleichzustellen.

Voraussetzung für die Einstellung ist Lust und Liebe zur Sache, **vollendetes 17. Lebensjahr,** vollständige u. einwandfreie Papiere.

Dazu gehören:

Bei noch nicht vollendetem 21. Lebensjahr:
Die Einwilligung des Vaters oder Vormundes, amtlich beglaubigt.

Bei Zivilpersonen:
Geburtsurkunde, polizeiliche Führungszeugnisse und Zeugnisse des Arbeitgebers vom Tage der Entlassung aus dem Militärdienst, mindestens vom 1. 1. 1919 an. Militärpaß oder Kriegsstammrollenauszug, selbstgeschriebener Lebenslauf.

Bei Militärpersonen:
Paß oder Kriegsstammrollenauszug, Dienstleistungszeugnis des letzten Truppenteils, Geburtsurkunde, selbstgeschriebener Lebenslauf.

Gewährt werden: Geld- und Naturalbezüge wie nichtkämpfende Reichswehr (nicht zum aktiven Dienststande Gehörige beziehen d. Kriegsfamilienunterstützung), freie immobile Verpflegung, Kleidung und Unterkunft. Außerdem eine besondere tägliche Zulage von 2 Mk.

Bewerber wenden sich zweckmäßig an die Kommandantur des betreffenden Gefangenenlagers oder in Magdeburg an Werbezentrale Reichswehrbrigade IV Kaserne „Magdeburg". Dort sind auch Bedingungen einzusehen.

Magdeburg, im Februar 1920.
Abwickelungsamt IV. Armeekorps.
Der Vorstand. Füßlein, Oberstleutnant.

Beschlagnahme von Hafer und Hülsenfrüchten.
Sämtliche im Landkreis Weißenfels bei Erzeugern augenblicklich vorhandenen Bestände an Hafer und Hülsenfrüchten werden hiermit beschlagnahmt.

Jeder Transport von Hafer und Hülsenfrüchten durch die Bahn, Fuhrwerk usw. im Bezirk des Kommunalverbandes wird bis auf weiteres verboten, soweit nicht im Folgenden Ausnahmen zugelassen sind.

Die Ausfuhr von Hafer und Hülsenfrüchten aus dem Kreise bleibt verboten.

Die Erzeuger haben ihre sämtlichen augenblicklichen ausgedroschenen oder unausgedroschenen Vorräte dieser Arten, auch wenn dieselben ihnen nicht selbst gehören oder sich nicht in ihrem eigenen Gewahrsam befinden, oder ganz oder teilweise im Wege des Verkaufs oder dergleichen anderweit veräußert sein sollten, jedoch noch nicht abgenommen sind, bis zum 27. d. Mts. den Ortsbehörden zu melden.

Die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher werden ersucht diese Meldungen, denen sie Anzeige ihrer eigenen Vorräte hinzuzufügen haben, bis zum 29. Februar unerinnert an die Getreide- und Mehlstelle weiterzuleiten.

Nach § 13a der Reichsgetreideordnung sind Lieferungsverträge, durch die die Erzeuger sich zur Lieferung von Hafer oder Hülsenfrüchten an Dritte verpflichtet haben, insoweit nichtig, als dadurch die Lieferung der umgelegten Mengen unmöglich wird.

Nach Eingang der vorerwähnten Bestandsanzeigen über Hafer und Hülsenfrüchte bei der Getreide- und Mehlstelle erhalten diejenigen Erzeuger, welche ihre Pflichtumlage voll und ganz erfüllt haben, Bescheinigungen ausgestellt, daß sie über die ihnen verbliebenen Vorräte an Hafer oder Hülsenfrüchten frei verfügen können. Es liegt also im Interesse des Erzeugers, seine Pflichtumlage sofort zu erfüllen.

Alle ohne solche Bescheinigung auf dem Transport betroffenen Mengen dieser Erzeugnisse, werden ohne Zahlung einer Entschädigung abgenommen.

Jeder Aufkauf dieser Erzeugnisse von Erzeugern, welche den Ausweis über erfüllte Pflichtlieferung nicht vorlegen können, ist verboten.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk., oder mit einer dieser Strafen wird nach § 80 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung für 1919 bestraft, wer dieser Anordnung zuwiderhandelt. Neben der Strafe kann in allen Fällen auf Einziehung der Früchte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Gendarmeriebeamten werden angewiesen die Transporte demgemäß scharf zu überwachen.

Bescheinigungen zur Ausfuhr aus dem Kreise werden nur in Ausnahmefällen erteilt. Anträge sind an die Getreide- und Mehlstelle zu richten, unter Bezugnahme auf die Nr. der Freigabebescheinigung, sowie unter Einreichung des fertig ausgeschriebenen Frachtbriefes.

Der Magistrat der Stadt Weißenfels, sowie der Kreisausschuß sind zur Entgegennahme von Preisangeboten auf Hülsenfrüchte für eigenen Bedarf bereit.

Weißenfels, den 15. Febr. 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Getreide- und Mehlstelle.
J. A. (o. Preußchen, Reg.-Assessor.

Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen:

1. Am **21. Februar 1920** in den Butterverkaufsstellen von Rupsch, Haferkorn, Pfeiffer, Lengacher, Müller und Albert Bärtel auf die Fettmarke Nr. 21 a) **50 Gr. Butter** zum Preise von 1,21 Mk. b) **125 Gramm Margarine** zum Preise von 2,93. Die Abgabe der gewöhnlichen Wochenkopfmenge Butter darf von der Entnahme der Zusatzmenge nicht abhängig gemacht werden.
2. Am **21. Februar 1920**
   a) bei dem Handelsmann Rupsch auf die Verkaufsnummern 1301—1465 und 1—50
   ½ **Pfd. Quark** zum Preise von 1,05 Mk.
   Brotmarkenzeichen sind vorzulegen.
3. Am **21. Februar 1920** von 9 — 10 Uhr vormittags in dem Schulhause in der Zeitzerstr. auf die Fleischmarke Nr 3 an die Inhaber der Verkaufsnummern 1281—1465 ¾ **Pfund Wurst.**
   Brotmarkenzeichen sind vorzulegen.

Teuchern, den 20. Februar 1920.
Der Magistrat. Zimmermann.

Kirchliche Nachrichten

o. Sonntage Invokavi (22.2.20) Kollekte für das Siechenhaus „Johanneesstift" in Crakau.

Teuchern: Vorm. 10 Uhr. Predigt, danach Beichte u. hl. Abendmahl. Oberpfr. Plagemann. Nachm. 1½ Kindergottesdienst Pr. Leitzmann.

Göben: Nachm. 1½ Uhr Predigt. Oberpfr. Plagemann.

Unterwerschen: Vorm. ½9 Uhr Pfr. Leitzmann.

Gebrauchte
Blumentöpfe
kauft jedes Quantum
F. Worch,
Handelsgärtner.

Junger **Praktikant** sucht in der Nähe der Grube von Voß vom 1. **April 1920** an
Wohnung
mit voller Pension. Offerten unter **H. E. 50** an die Geschäftsstelle.

Aufruf.

Kriegsbeschädigte! Hinterbliebene!
Sonntag, den 22. Februar 1920,
vorm. 10 Uhr im **Norddeutschen Hof**
Oeffentl. Protestversammlung
Thema: Das Los der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im neuen Deutschland.
Refr.: K. Radecke, Magdeburg.

Kameraden, sorgt dafür, daß es ein Massenbesuch wird.

Die Ortsgruppenleitung.

Volkshochschule.
Sonntag, den 22. Febr. nachmittags 4 Uhr
Versammlung
in Bertholds Restaurant.
Die Hörer und Mitglieder des Arbeits-Ausschusses werden freundlichst gebeten, recht zahlreich zu dieser Versammlung zu erscheinen. Aussprache über: **Weiterführung oder Schließung einiger Kurse.**
Montag, den 23. Februar fällt Musik aus.

Ein Mousselin-Kleid
wie neu zu verkaufen, schlanke Figur. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Ein gebrauchter
Küchenherd
zu kaufen gesucht
Theodor Schubert,
Trebnitz b. Lucknau

Nach **Leipzig** anständiges
Dienstmädchen,
die schon in besseren Haushalt tätig war, bei hohem Lohn gesucht. Zu melden bei
F. Zimmermann,
Bahnstr. 17.

Wer nimmt
Kind
in Pflege. Näheres Gemeindevorsteher Gröben.

Papierwäsche
empfiehlt **Otto Lieferenz.**

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen
gelangen zur Kenntnis vieler Mitglieder und Freunde jedes Vereins u. des interessierten Publikums, wenn sie im **„Wöchentlichen Anzeiger"** zu Teuchern u. Umg. bekannt gegeben werden.

Ansichtskarten
zu haben bei **Otto Lieferenz.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200221-14/fragment/page=0003

Möbel

wollen sich die meisten Leute nur einmal im Leben kaufen. Sie müssen sich dann aber bei eintretendem Bedarf **unbedingt an einen Fachmann wenden.** Lassen Sie sich nicht durch die marktschreierischen Anpreisungen von nichtfachkundigen Händlern irreführen, sondern machen Sie es so, wie es in besseren Zeiten üblich war, **geben Sie Ihre Möbel-Bestellung einem Tischlermeister.**

Als streng reell und äusserst leistungsfähig ist untenstehende Tischlerei, eine der ältesten und grössten im Kreise Weissenfels, in weitem Umkreise bekannt. Bestellen Sie dort Ihre Möbel und Sie werden zur vollsten Zufriedenheit bedient werden. Die reichhaltigen Muster-Austellungen können ohne jede Verbindlichkeit besichtigt werden.

Sorfortige Lieferung einzelner Möbel und ganzer Aus at tungen! Durch ordnungsmässigen reichlichen Einkauf von Rohmaterialien *billige Preise!*

Werkstätten u Sarg-Magazin: Weissenfelser Str. 9

Hohenmölsen Tischlermstr. Otto Kemnitz, Hohenmölsen.

Ständige Muster-Ausstellung: Lützener Str. 9 im Konsumverein.

Arbeitsnachw. Teuchern

Freie Stellen für:
Mägde, 4 Zimmerleute, 2 Töpfer, 1 Ostermädchen, 1 Plätterin, 1 Bäckerlehrling vom Lande, kriegsbeschädigten Pförtner, Kontoristen, Bursche zur Lustschaukel, einen Burschen für Gärtnerei.

Stellen suchen:
Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterfamilien und Osterjungen von auswärts.

Ein neuer

Herren-Ulster

Größe 46, ist preiswert zu verkaufen. **Begauerstr. 15.**

Sportplatz. Dammweg.

Sonntag, den 22. Februar d. Js.

3 Fussball-Wettspiele

mittags 12 Uhr

Sportklub Naundorf 1 : Jugendmannschaft Teuchern.

Nachmittag 1¾ Uhr

Sportvereinigung Aue I : Sportvereinigung Teuchern I.

Nachmittag 3¾ Uhr

Lyon IV, Weissenfels : Sportvereinigung Teuchern, III.

N. B. Treffpunkt aller Mitglieder **Sonnabend, d. 21.** Angermannsche Restauration. Abmarsch 6½ Uhr abends nach der Hoffnung

---

Lichtspiele „Weisse Wand."

Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Februar

Alli Kolberg

In den Krallen des Vampyrs.

II. Bild der Serie 1919-20. — Drama in 5 Akten.

Sonntag 2½ Uhr Kindervorstellung.

Spaten,
eiserne Harken,
hölzerne Harken,
Karste, 2- und 3-zinkig,
Düngergabeln, 3- u. 4-zinkig,
Frankfurter Schaufeln,
Erdschaufeln,
Spatenschaufeln,
Schachtschaufeln

empfiehlt

Ferd. Gresse.

Feinste Reisstärke v. Gebr. Nielsen,
Hoffmann's Reisstärke,
Hoffmann's Wunderglanzstärke,
Borax

empfiehlt **R. Räther.**

Schrotmühlen

mit und ohne Mehlsichter für Kraftbetrieb, bewährtes, bekanntes Fabrikat, für Landwirtschaft und Industrie empfiehlt

Fritz May,
Naumburg a. S. am Hauptbahnhof.

Gebrannten Kaffee,
Kakao,
Tee,
Cognak,
deutschen Rotwein,
französischen Rotwein,
1917er Weissweine

in nur guten Qualitäten empfiehlt

Ferd. Gresse.

Tanzunterricht A. Liebram.

Werten Interessenten von Teuchern und Umgegend zur gefl. Kenntniss, dass wir auf vielseitigen Wunsch wieder einen

.. Kursus ..

eröffnen. Derselbe beginnt am **7. April**
6 Uhr für Damen und
8 „ „ Herren, im Norddeutschen Hof.

Dort selbst werden geschätzte Anmeldungen entgegengenommen.

Restaurant Schützenloge

Teuchern.

Zum ersten grossen

Preis-Skat

Sonntag u. Montag, d. 22. u. 23. Februar
ladet freundl. ein

Curt Schindler.

Gespielt wird um ½ Pfennige mit Zahlenreizen.

Gasthof Runthal.

Zu dem am **Sonntag, d. 22. Februar** von Nachmitttag 3 Uhr an stattfindenden

:- BALL -:

des „Arb.-Radf.-Vereins Krössuln" laden freundlichst ein

der Vorstand. **der Wirt.**

Achtung! **Achtung!**

Wir gratulieren unserm Vereinsmitglied

Ernst Hillner

aus Gröben zu seiner am Sonnabend, den 21. Februar stattfindenden Hochzeit.

Maschiniiten- u. Heizerbund. Sitz Runthal.

Lebertran-Emulsion

bestes Kräftigungsmittel für Kinder usw.
empfiehlt

Curt Gitze,
Oberstr. 5.

Bruchkranke

können geheilt werden ohne Operation und Berufsstörung. Nächste Sprechstunde in Naumburg, Hotel Bayrischer Hof, Bahnhofstr. 1, am 24. Febr. v. 10—1 Uhr.

Dr. med. Laabs,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Neues deutsches

Moden-Album

(Polich) Frühjahr und Sommer 1920 das Heft 2,50 Mk. zu haben bei

O. Lieferenz, Buchhandlung.

.. Photo-Atelier ..

Sonntag bis 4 Uhr geöffnet.

Fr. Ewickatowski,
Photogr.

Für zwei junge Leute wird ein passendes

Logis

gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Angebote an die Expd. d. Bl. erbeten.

Zur Frühjahrsaussaat

empfehle sämtliche

Gemüse-Sämereien

in guten keimkräftigen Qualitäten und Sorten.

G. Lantsch,
Handelsgärtner.

Steckzwiebeln

hat abzugeben

Blume, Laasnitz

W. Billes Theater

Gemütliche Ecke.

Sonntag, den 22. Febr. wird aufgeführt:

Der Henker und sein Kind

Schauspiel in 6 Akten.

Nachm. ½4 Uhr große Kindervorstellung

Neu! Aufgeführt wird: Neu!

Däumling u. d. Menschenfresser

Gr. Märchenspiel in 8 Akten

Es laden freundlichst ein

W. Bille.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst

Ernst Böttcher u. Frau
Hedwig geb. Leischner.
Teuchern, im Febr. 1920

Gesang-Verein Einigkeit, Teuchern.

Zu unserm am **Sonntag, den 22. Febr. 1920** im **Gasthof zum Löwen** stattfindenden

Frühjahrsvergnügen

verbunden mit **Gesang u. humorist. Vorträgen** von 4 Uhr an **Ball,** laden wir die geehrte Einwohnerschaft v. Teuchern und Umgegend ganz ergebenst ein

Gesangverein Einigkeit.

Norddeutscher Hof, Teuchern.

Sonnabend, den 21. Februar 1920, abends 8 Uhr
Gastspiel der Leipziger Freien Bühne.
Vornehmstes Gastspielunternehmen. Nur einmalige Aufführung.

Ich lasse Dich nicht.

Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman v. Courts Mahler.
Vorverkauf im Schokoladengeschäft von Thams & Garfs
Sperrsitz 2,50, I. Platz 2,00, II. Platz 1,50 Mark. An der Abendkasse Aufschlag.

Nachmittag 4 Uhr grosse Kindervorstellung

Prinzessin Marzipan
oder: **Schweinehirt von Zuckerland.**
Märchen in 5 Akten.
Sperrsitz 1,00, I. Platz 0,75, II. Platz 0,50 Mk.

Das Betreten meiner Wiese in Flur Gröben und die Benutzung derselben als Sportplatz wird hiermit **verboten.**

Gegen Zuwiderhandelnde wird unnachsichtlich vorgegangen.

(*) **O. Erfurth.**

Am 18. ds. Mon. nachmittags verstarb infolge Unfalls unser herzensguter, inniggeliebter ältester Sohn

Karl

in seinem 13. Lebensjahre

In tiefstem Schmerz zeigen dies an

Teuchern, den 20 Febr. 20.

Tierarzt Walter Kubaschewski
u. Frau.

gleichzeitig im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend den 21. nachmittags 3½ Uhr im Trauerhause statt.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200221-14/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechszeilspaltene Korpuszeile 25, Reklamezeile 40 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,70 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 3,— Mk. und durch den Briefträger 3,15 Mk. Einzel-Nummer 10 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 23. | Sonnabend, den 21. Februar 1920 | 39. Jahrgang

Die letzte Woche.

Deutschland ist seinen früheren Widersachern, den Siegern im Weltkriege, ungefährlich geworden, aber es hat seinen Nutzen als Wirtschafts- und Produktionsgebiet nicht eingebüßt! Das ist der Schlüssel zu der Haltung, die England in der Auslieferungsfrage der sogenannten Kriegsschuldigen beobachtet und die dazu geführt hat, daß diese Angeklagten statt von einem Ententegericht, vom deutschen Reichsgericht in Leipzig abgeurteilt werden sollen. Daneben hegt man in London die Erwartung, daß dieses Abrücken von der französischen haßerfüllten Politik in der Kulturwelt einen günstigen Eindruck machen und das deutsche Volk von seinen Empfindungen gegen den Vernichter seiner ruhmreichen Kriegsflotte ablenken wird, so daß es bei den unberechenbaren Zukunftsmöglichkeiten die Wege der britischen Politik nicht so krummen wird, wie [illegible] Haltung

Der Bund der Landwirte hat seine Jahresversammlung in Berlin abgehalten. An scharfen Reden hat es bei der in den ländlichen Kreisen herrschenden Stimmung nicht gefehlt. Wir müssen darauf bauen, daß sich die Gegensätze so rechtzeitig ausgleichen, daß dadurch keine Verzögerung in der gesicherten Verpflegung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln eintritt.

In Paris hat der Uebergang der höchsten Würde der Republik vom Präsidenten Poincare auf seinen Nachfolger Deschanel stattgefunden und die bei diesen Gelegenheiten üblichen Reden sind natürlich nicht ausgeblieben, um so mehr, als die Wendung in der Auslieferungsfrage den französischen Politikern allen Anlaß bot, Frankreichs „Sieg des Rechtes" in allen Tonarten zu verherrlichen. Es wird selbstverständlich auf die Zukunft ankommen, die allein erweisen kann, wie diese Worte in Taten umgesetzt werden. Wir denken, wenn das 1870 besiegte Frankreich sich damit abfand, daß Deutschland 1900 auf der Pariser Weltausstellung in glänzender Weise vertreten war, wird sich das siegreiche Frankreich von 1919 um so eher, wenn auch erst nach Jahren, damit aussöhnen, in ruhiger Nachbarschaft neben Deutschland zu leben. Daß so manches anders kommt, als es erwartet ist, lehrt auch der Rücktritt des nordamerikanischen Ministers des Aeußeren, Lansing, des ersten Gehilfen des Präsidenten Wilson bei den Friedensverhandlungen. Lansing zeigt sich heute als energischer Gegner des Vertrages von Versailles, und es stehen von ihm Enthüllungen in nordamerikanischer Offenheit bevor, bei denen Präsident Wilson wenig günstig fortkommen dürfte. Das Ende dieser großen Sensationsaffäre dürfte sein, daß Amerika den Friedensvertrag von Versailles überhaupt nicht ratifiziert, sondern einen eigenen Frieden mit Deutschland abschließt.

Die neue Lage in der Auslieferungsangelegenheit dürfte einen heilsamen Einfluß auf die politischen Anmaßungen ausüben, die von Paris aus genährt wurden. Jede Abkühlung, die Frankreich erhält, wirkt daher mit doppelter Kraft auf Polen zurück. Zeit wird es jedenfalls, daß die deutsche Reichsregierung sich von Polen absolut nichts mehr bieten läßt, sonst sind die frohen Stunden für den deutschen Osten vorbei. Wm.

Eine neue Note.

Die deutsche Heeresverminderung verschoben.

Dem deutschen Geschäftsträger in London, Sthamer, wurde ein Brief Lloyd Georges folgenden Inhalts übergeben:

Von Seiten des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin ist die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die Schwierigkeiten gelenkt worden, denen die deutsche Regierung gegenüberstehen werde, wenn die Verbündeten auf der genauen Ausführung von Artikel 160 des Versailler Vertrages bestehen würden, in dem bestimmt wird, daß spätestens am 31. März 1920 die gesamte Stärke des deutschen Heeres nicht größer als 100000 Mann sein darf. Bei der Aufstellung dieses Artikels sei man von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Vertrag von Versailles viel früher in Kraft treten werde.

Der Oberste Rat habe nunmehr beschlossen, zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte am 10. April 1920 auf 200000 Mann herabgesetzt werden, das heißt drei Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, und auf 100000 Mann am 10. Juli.

Durch die geradezu ungeheuerliche Behandlung, die Deutschland von der Entente nach dem Waffenstillstand zu erleiden hatte, hat sie es schon so weit gebracht, daß viele Deutsche geneigt sind, es schon als eine ganz besondere Gnade hinzunehmen, wenn der Gegner tatsächlich einmal eine nur von der Vernunft und Einsicht diktierte Handlung unternimmt und sich einmal nicht ausschließlich von blindwütendem Haß leiten läßt. Das Zugeständnis, das uns in dieser Note gemacht wird, beruht eben wie das in der Auslieferungsfrage einfach und allein auf der Einsicht, daß die Durchführung der betr. Artikel des Friedensvertrages nicht durchführbar sind bzw. ihre gewaltsame Durchführung für alle Teile unerwünschte Folgen haben würde. Das wollen wir nicht vergessen. Glaube keiner, daß diese Note von irgendwelcher Sympathie oder irgendwelchem Mitleid mit Deutschland diktiert ist. Man merkt eben, daß der Sitz des Obersten Rates aus der heißen Haß- und Revancheatmosphäre von Paris in das kühle London verlegt ist und daß statt des „alten Tigers" Clemenceau der Rechner Lloyd George seine Leitung übernommen hat. Für uns Deutsche ist es schon als ein Fortschritt zu begrüßen, daß unser Gegner der Vernunft und Einsicht Raum gibt.

Die besetzten Gebiete.

Die Franzosenherrschaft in Oberschlesien.

Die Urteile vor dem Gleiwitzer französischen Standgericht haben in Oberschlesien, wie natürlich, starke Erregung hervorgerufen. Wie verlautet, werden sowohl diese Urteile wie überhaupt die Zuständigkeit der französischen Kriegsgerichte vermutlich durch die Interalliierte Kommission in Oppeln nachgeprüft werden. —

In einer Besprechung zwischen dem französischen Truppenkommandeur und den Gewerkschaftsführern der Gleiwitzer Großindustrie einigte man sich dahin, daß Gewerkschaftsversammlungen in Zukunft gestattet werden sollen, allerdings, ohne daß darin Lohnforderungen besprochen werden dürfen, eine Einschränkung, die der mehrheitssozialistische „Volkswille" mit Recht als unhaltbar bezeichnet.

Plebiszit-Briefmarken für Oberschlesien.

Die neuen Briefmarken für Oberschlesien sind bei der Oberpostdirektion in Oppeln eingetroffen. Es sind Werte von 2½, 3, 5, 10, 15, 20 und 50 Pfg. sowie 1 und 5 Mk. Die Marken sind in Paris hergestellt, tragen die internationale Weltpostfarbe und die Inschrift „Commission de Gouvernement Haute-Silesie, Oberschlesien, gorny slack". Der Wert der Marken ist auf einem ovalen weißen Felde angegeben. Ebenso sind neue Postkarten ohne Rückantwort von 10 und 15 Pfg. eingetroffen mit dem Aufdruck „Postkarte, Carte postale, carte pocztowa". Die neuen Briefmarken und Postkarten werden von Freitag ab in den Verkehr gebracht. Vorläufig werden Marken im Werte von 6 Millionen Mark ausgegeben werden. Die Verteilung an die Postanstalten ist bereits erfolgt.

Die „unparteiische" Kommission in Flensburg.

Auf Anordnung der Interalliierten Kommission ist das deutsche „Flensburger Tageblatt" auf acht Tage verboten worden. Das Blatt brachte eine harmlose Notiz über die Aufstellung der dänischen Riesenplakate mit dem Hinzufügen, daß sie von der empörten Menge herabgerissen worden seien. Das Volk habe das richtige Empfinden gehabt, daß es durch eine solche Agitation über den Löffel barbiert werden solle und wolle sich das eben nicht gefallen lassen. Trotzdem diese Notiz die Volksstimmung richtig wiedergibt, wurde die Zeitung verboten. Bezeichnenderweise wurde der Befehl der Internationalen Kommission in dänischer Sprache übermittelt. In deutschen Kreisen hat dieser Eingriff der Kommission in die Preßfreiheit stark verstimmt.

Außer dem „Flensburger Tageblatt" existiert hier nur noch eine bürgerliche und eine sozialdemokratische deutsche Zeitung, während die Dänen eine dänische und mehrere deutsch geschriebene Blätter haben. Diese treiben die gehässigste deutschfeindliche Propaganda, ohne daß sie irgendwie von der unparteiischen (!) Kommission gehindert werden.

Das besetzte Ostpreußen.

Die Internationale Verwaltungskommission in Allenstein gibt bekannt, daß der Kreis Oletzko vom Regierungsbezirk Gumbinnen abgetrennt und dem Regierungsbezirk Allenstein zugeteilt wird. Eine weitere Verordnung stellt die volle Gleichberechtigung der deutschen und der polnischen Nation und Sprache im Abstimmungsgebiet fest und hebt alle diesbezüglich etwa zum Nachteil einer der beiden Nationen getroffenen Beschränkungen auf.

Die Seeverbindung mit Ostpreußen.

Ueber die Verbindung mit Ostpreußen wird aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, daß demnächst erneute Verhandlungen mit den Reedereien stattfinden, die den Schnelldampferverkehr Swinemünde—Pillau übernommen haben. Bei den andauernden Schwierigkeiten für den Verkehr über den Korridor wird der Weg über See noch längere Zeit ein dringendes Erfordernis sein und starken Zuspruch finden. Auch im kommenden Monat ist daher mit der Weiterführung der Schnelldampferverbindungen zu rechnen.

Ueberschichten im Bergbau.

Ergebnisse der Verhandlungen im Ruhrrevier.

Ueber die Ergebnisse der Reise des Reichspräsidenten in das Ruhrrevier und nach Essen erfahren wir: Es wurde mit den Zechenverbänden und den Bergarbeiterorganisationen über eine Steigerung der Produktion beraten. Die Bergarbeiter erklärten sich zur Leistung einer bestimmten Zahl von Ueberschichten bereit. Es werden nunmehr wöchentlich je zwei Halbschichten, im Monat also vier ganze Schichten in Ueberschicht geleistet. Dafür erhalten die unter Tag Arbeitenden einen Lohnzuschlag von 100 Prozent, die über Tag 50 Prozent. Außerdem werden besondere Lebensmittelzuwendungen gemacht. An Brot erhalten die an den Ueberschichten Beteiligten monatlich 12 Kilogramm, an Fett 4 Kilogramm außer den allgemeinen Rationen zu den für die Rationierung festgesetzten Preisen.

Das Uebereinkommen tritt ab 23. Februar in Kraft und dauert zunächst bis zum 14. März. In etwa zwei Wochen sollen nach Prüfung der dann erzielten Ergebnisse neue Verhandlungen beginnen.

Die durch die Ueberschichten erreichte Mehrproduktion soll außer für die Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages besonders für die Industrie und die Landwirtschaft verwandt werden.

Es ist zu begrüßen, daß die Bergarbeiterschaft im Interesse der Allgemeinheit sich zur Erhöhung der Arbeitszeit bereit erklärt hat. Mögen nun auch alle anderen Volkskreise ihr Eigeninteresse dem der Allgemeinheit unterordnen, dann können wir wieder Hoffnung schöpfen. Dann wäre der erste Schritt zum Wiederaufstieg getan.

Zur Lage.

• Noch immer Gefangene in Rumänien! Aus einem der „B. Z." zur Verfügung gestellten Brief eines deutschen Gefangenen in Bukarest ist zu ersehen, daß von den ursprünglich 6000 Gefangenen sich noch immer 900 hinter dem Stacheldraht befinden, obwohl schon 12 Gefangenenzüge nach Rumänien gesandt worden sind. Grund: Immer wenn ein Gefangenenzug ankommt, arbeitet die Bestechung, und statt der Gefangenen fahren rumänische Zivilisten nach Oesterreich und Deutschland, um ihre Geschäfte zu besorgen! An sich ist die Behandlung der Gefangenen nicht mehr schlecht, aber es muß nun etwas geschehen, um ihnen die Freiheit wiederzugeben.

• Moralunterricht als Ersatz für Religion. Der Stadtverordnetenversammlung des östlichen Berliner Vororts Lichtenberg, deren große Mehrheit aus Sozialisten besteht, wird sich demnächst mit einer Magistratsvorlage beschäftigen, die ab Ostern 1920 die Einführung eines Unterrichts über „Sittliche Lebenskunde" in den Schulen für die Kinder vorsieht, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen oder überhaupt keiner Kirchengemeinschaft angehören.

Ein Aufruf an die Landwirte. Landwirtschaftsminister Braun hat an sämtliche preußischen Landwirtschaftskammern einen Erlaß gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß eine nachhaltige Besserung unserer Ernährungslage nur möglich ist, durch die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Gleichzeitig aber wird den Landwirten dringend ans Herz gelegt, aus freien Stücken heraus das Letzte abzuliefern. Am Schluß des bemerkenswerten Erlasses heißt es: „Wir müssen [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200221-14/fragment/page=0005
DFG